

## Horst Heitmann Reagans Politik gegenüber Nicaragua

*Zusammenfassung: Der Artikel analysiert die Stationen der Nicaragua-Politik der Reagan-Administration seit Beginn der 80er Jahre. Dabei werden nicht nur die außenpolitischen Funktionen dieser Politik sondern auch ihre innenpolitischen Konsequenzen untersucht.*

Vor knapp 15 Jahren empfahl der für Lateinamerika zuständige Staatssekretär William D. Rogers seinem Chef im US State Departement, Henry Kissinger, die bilaterale Finanzhilfe für die Länder Mittelamerikas ganz einfach über Nacht zu streichen. An diesen Vorschlag erinnerte sich der ehemalige Staatssekretär während eines Symposiums zum aufschlußreichen Thema »Die mittelamerikanische Krise und die westliche Allianz«. Rogers gab freimütig zu Protokoll, daß er im State Departement sicherlich weniger als drei Prozent seiner Arbeitszeit damit zugebracht habe, »über Zentralamerika nachzudenken«. Allerdings erwähnte der frühere Mitarbeiter Kissingers mit keiner Silbe, wer Anfang der 70er Jahre dafür sorgte, daß »unsere Interessen so gut geschützt waren«, um die 50 Mio. Dollar an jährlicher Finanzhilfe problemlos streichen zu können (vgl. Ciricione 1985, S. 11). Aber wie sich die Zeiten doch ändern: Im Jahre 1983 saß Rogers zusammen mit seinem früheren Chef aus dem US-Außenministerium in einer von Reagan gebildeten Beratergruppe mit dem offiziellen Titel »National Bipartisan Commission on Central America«, kurz Kissinger-Kommission genannt. Diese »überparteiliche« Kommission, die im Januar 1984 ihren Bericht vorlegte, hatte vor allem symbolische Bedeutung für die geographische Adjustierung gen Süden in der amerikanischen Außenpolitikdebatte. Kissinger hatte sich nie für die Nord-Süd Debatte oder die Problematik Lateinamerikas interessiert (von den fünf kleinen mittelamerikanischen Ländern ganz zu schweigen). Den Außenminister der chilenischen Frei-Regierung, Gabriel Valdez, beispielsweise belehrte Kissinger im Juni 1969 in bekannt arroganter Manier: »Herr Minister, Sie hielten eine merkwürdige Rede. Sie kamen hierher, um über Lateinamerika zu sprechen, aber das ist nicht wichtig. Nichts Wichtiges kommt aus dem Süden. Im Süden ist niemals Geschichte gemacht worden. Die Achse der Geschichte beginnt in Moskau, geht nach Bonn, kommt herüber nach Washington und geht dann nach Tokyo.« (Hersh 1983, S. 263). Scheinbar wurde im Süden plötzlich doch Geschichte gemacht...

Innerhalb weniger Jahre nach der nicht durchgeführten Rogers-Empfehlung wurde die mittelamerikanische Region zum Thema Nummer Eins in Washington. Einige der »Beschützer« amerikanischer Interessen waren offenkundig in eine Sackgasse geraten. Das galt insbesondere für die Somoza-Diktatur in Nicaragua, die im Juli 1979 von der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) gestürzt wurde. In El Salvador mußte von US-amerikanischer Seite ähnliches befürchtet werden. 50 Jahre lang hatten

diverse Militärregimes dort für ›Ruhe und Ordnung‹ gesorgt. Anfang der 80er Jahre war die Oligarchie El Salvadors ernsthaft von einer sozialen Revolution bedroht. Die Kissinger-Kommission gab der Reagan-Administration in ihrem 132seitigen Bericht einen Blankoscheck für die Politik gegenüber El Salvador<sup>1</sup>. Zwar konnte sich die Kommission nicht auf einen geschlossenen, aber dennoch auf einen gemeinsamen Standpunkt zu Reagans Contra-Politik verständigen, aber dennoch war man sich in der Bewertung des sandinistischen Nicaraguas durchaus einig: Das Land wurde als Bedrohung für die Länder in der Region und somit für die legitimen Sicherheitsinteressen der USA dargestellt. Die Mitglieder der Kissinger-Kommission hatten übrigens nur wenige Stunden in Nicaragua zugebracht, jedoch stimmten sie schnell darin überein, daß die Bevölkerung Nicaraguas einer totalitären Repression ausgesetzt sei (vgl. *The Nation*, 28.1.1984). Kurzum, der Begriff von einem »zweiten Kuba« hatte in Washington spätestens seit dem Amtsantritt der Reagan-Administration die Runde gemacht.

## Die Reagan-Doktrin

Die Sandinistas waren gerade ein knappes Jahr an der Macht, als im Juli 1980 in Detroit der Wahlparteitag der Republikaner stattfand. Bekanntlich wurde Ronald Reagan zum Kandidaten für das Präsidentschaftsamt nominiert und er gewann die Wahl beinahe erdrutschartig gegen den amtierenden Präsidenten Carter. Ein Mitarbeiter des erzkonservativen Senators Jesse Helms aus North Carolina sorgte dafür, daß das offizielle Programm der Republikaner einen Passus zu Nicaragua aufnahm. Die republikanische Partei gelobte darin ihre Unterstützung für die »Bemühungen des nicaraguanischen Volkes, eine freie und unabhängige Regierung zu etablieren« (vgl. Gutman 1988, S. 20). Das Gelöbnis der Republikaner, die Sandinisten zu stürzen, war durchaus ernst zu nehmen. Schon während der Vorwahlkampagne hatte der Kandidat Reagan die Carter-Administration wiederholt für den »Verlust« Nicaraguas verantwortlich gemacht. Nachdem Reagan im Januar 1981 ins Weiße Haus eingezogen war, entpuppte sich Nicaragua sehr schnell als ein Testfall für die aggressive Außenpolitik der neuen republikanischen Regierung.

Über die USA schwappte 1979/80 eine neo-nationalistische Welle, auf der Reagan erfolgreich ins Weiße Haus getragen wurde. Die sowjetische Invasion Afghanistans und das Geiseldrama in der US-Botschaft im Iran hatten eine neue Periode des Kalten Krieges eingeläutet. Reagan war immer ein scharfer Widersacher der amerikanischen Entspannungspolitik gewesen. Er repräsentierte wie kein anderer Politiker den rechten hard-liner Flügel innerhalb der republikanischen Partei. Unzählige Male hatte Reagan dem Wahlvolk verkündet, daß seine Administration weltweit eine Politik der Stärke betreiben würde. Ein schwaches Amerika und das sogenannte »Vietnam-Syndrom« sollten endlich der Vergangenheit angehören. Reagans außenpolitische »Philosophie« konnte kurz und bündig in zwei Worte zusammengefaßt werden: Globaler Antikommunismus. Die Strategie der Reagan-Administration umfaßte fol-

gerichtig drei wesentliche Elemente: Erstens, durch ein intensiviertes Aufrüstungsprogramm sollte die absolute militärische Vorherrschaft der USA global abgesichert werden. Zweitens sollten »strategische Gewinne« der Sowjetunion in der Dritten Welt zurückgedrängt (roll-back) und drittens weitere »Vorstöße« des kommunistischen Gegners verhindert werden (containment).

Die Reagan-Administration machte in ihrer ideologischen Besessenheit keinen Unterschied zwischen sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der sowjetischen Außenpolitik. Für Reagan und seine Ideologen gab es keinen Zweifel daran, daß das Streben nach gesellschaftlichem Wandel nicht in den ausgepowerten Entwicklungsländern selbst entsteht, sondern direkt von Moskau und Havanna gesteuert wird. Das Ost-West Feindbild stimmte wieder. Die Cartersche Menschenrechtspolitik war ohnehin schon geraume Zeit vor Reagans Amtsübernahme geräuschlos begraben worden. Reagans erster Außenminister, der frühere NATO-Oberbefehlshaber General Haig, kündigte sofort eine außenpolitische Prioritätsverlagerung in Richtung internationaler Terrorismusbekämpfung an. Der selbsternannte »Vikar« Reaganscher Außenpolitik argumentierte nämlich, daß nicht Regierungen, sondern »Terroristen« die größten Menschenrechtsverletzer seien (vgl. NACLA 1981, S. 26). Folgt man dieser Logik, dann kann die Unterstützung »autoritärer Regime« (Kirkpatrick 1979) als wichtiger Beitrag im Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte angesehen werden. Die angeblich von Moskau gelenkten Befreiungsbewegungen, wie z.B. die Frente Sandinista oder die FMLN in El Salvador, wurden von der Reagan-Administration selbstverständlich mit dem Etikett des Terrorismus versehen. Die andere Seite der Medaille von Reagans Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt bestand in der »rollback« Rhetorik, die man aus der Mottenkiste des Kalten Krieges hervorgekramt hatte. Das militärische Gerede vom Zurückdrängen des sowjetischen Einflußgebiets wurde jedoch sehr schnell als praktische Politik implementiert. Die »roll-back« Rhetorik legte den Grundstein für eine Außenpolitik, die inzwischen als Reagan-Doktrin bekannt ist.

Die Reagan-Doktrin hatte längst eine klare Gestalt angenommen, als die politische Publizistik in den USA diesen Begriff in die Welt setzte. Der Journalist Charles Krauthammer hat 1985 zum erstenmal in einem Essay in dem Nachrichtenmagazin TIME von einer Reagan-Doktrin gesprochen. Es geht dabei ganz einfach um die Unterstützung der amerikanischen Regierung für antikommunistische Guerillakämpfer. Reagans ehemaliger Wahlkampfmanager, William Casey, hat die Doktrin wie folgt auf den Begriff gebracht: »roll-back by proxy«. Casey wußte wovon er sprach. Bis zu seinem Tode im Jahre 1987 war er Direktor der CIA. Der Geheimdienst spielte eine zentrale Rolle bei der amerikanischen Hilfe für die von Reagan häufig als »Freiheitskämpfer« bezeichneten Banden, die den Umsturz sozialrevolutionärer Regierungen betrieben. Die Reagan-Administration warf in diesem Zusammenhang immer fünf Länder der Dritten Welt in einen Topf: Afghanistan, Angola, Äthiopien, Kambodscha und natürlich Nicaragua. Folgte man Casey, so handelte es sich bei dieser Gruppe um »besetzte« Länder, die mit Hilfe der USA befreit werden müßten (vgl. Gutmann 1988, S. 271-273). Der Washington Post Journalist Bob Woodward schrieb in seinem Buch

über die geheimen Operationen der CIA zur Zeit der Reagan-Administration, daß Casey alle antikommunistischen Widerstandsbewegungen als eine Einheit begriff (Woodward 1987, S. 426). In der amerikanischen Unterstützung dieses angeblich einheitlichen Widerstandes sollte wohl das außenpolitische Vermächtnis der Reagan-Administration liegen<sup>2</sup>.

### **Die Destabilisierung Nicaraguas beginnt**

Für die Ideologen der Reagan-Administration war der »Verlust« Nicaraguas ein symbolisches Zeichen für den Niedergang der amerikanischen Weltmacht, lag dieses Land doch im »weichen Unterleib Amerikas« (so der Abgeordnete Jack Kemp auf dem Parteitag der Republikaner 1980 in Detroit). In einem zu Beginn der Reagan Ära veröffentlichten Artikel stellte die frühere UNO-Botschafterin J. Kirkpatrick die rhetorische Frage, was denn die Carter-Regierung in Nicaragua eigentlich gemacht habe. Ihre Antwort lautete lapidar, »sie stürzte das Somoza-Regime« (Commentary, Januar 1981). Unerwähnt blieb in den republikanischen Attacken gegen Carters »Verlust« von Nicaragua, daß die USA 1979 bis zuletzt versucht hatten, die Machtübernahme der Sandinistas zu verhindern. An erster Stelle stand dabei das vergebliche Unternehmen, die somozistische Nationalgarde quasi in letzter Minute als Institution zu retten. Nach der Revolution in Nicaragua war es in der Tat der demokratische Präsident Jimmy Carter, der ihre Destabilisierung in Angriff nahm. Im Grunde genommen begann die von den USA organisierte Konterrevolution am 19. Juli 1979, dem Tag des sandinistischen Triumphes in Managua. An diesem Tag landete eine amerikanische DC-8 in der Hauptstadt Nicaraguas, um Kommandeure der Nationalgarde Somozas nach Miami auszufliessen. In den darauffolgenden Tagen kamen noch weitere US-Militärmaschinen nach Managua. Die Flugzeuge waren übrigens als Transporte des Roten Kreuzes getarnt (vgl. Kornbluh 1987, S. 21). Die USA kümmerten sich um die Restbestände einer Militärtruppe, die sie fünfzig Jahre zuvor selbst aufgebaut hatten, um die eigenen Marines endlich aus Nicaragua abziehen zu können. Die Ex-Nationalgardisten begannen alsbald damit, Rückkehrpläne zu schmieden. Als Reagan im Januar 1981 die Amtsgeschäfte im Weißen Haus übernahm, hatte Carters Regierung schon 1 Mio. Dollar über die CIA nach Nicaragua transferiert, um die Organisation von Oppositionsgruppen gegen die revolutionäre Regierungsjunta zu finanzieren. Wenige Tage vor dem Ende seiner Präsidentschaft suspendierte Carter auch noch die US-Wirtschaftshilfe an Nicaragua<sup>3</sup>.

Die Reagan-Administration ließ das geheime CIA-Programm von Carter bereits zwei Monate nach dem Regierungswechsel auf 19,5 Mio. Dollar aufstocken. Reagan unterbreitete den zuständigen Kongreßausschüssen ein sogenanntes »Presidential Finding« zu den geplanten Aktionen in Nicaragua. Der US-Präsident bekundete darin, erstens, daß diese Geldmittel »gemäßigteren« Gegnern der Sandinistas zufließen sollten. Zweitens berichtete Reagan an die beiden Geheimdienstausschüsse des Kongresses, daß die Sandinistas den Waffennachschub für revolutionäre Gruppen in den

Nachbarländern El Salvador, Honduras und Guatemala betreiben. Reagans »Presidential Finding« forderte deshalb eine Politik zur Abriegelung dieser Waffenlieferungen (»arms interdiction program«), vgl. Kornbluh, S. 23). Die Geheimdienstauschüsse von Repräsentantenhaus und Senat tagen grundsätzlich hinter verschlossenen Türen. Die amerikanische Öffentlichkeit erfuhr deshalb im März 1981 nichts von dem geheimen CIA-Programm, das die Regierung in Angriff genommen und den Ausschüssen des Kongresses vorgelegt hatte<sup>4</sup>.

Der traditionelle Hinterhof der USA diente der Reagan-Regierung quasi als internationale Schaubühne für ihre neue Politik der Stärke. Deshalb wurde die Strategie gegenüber Zentralamerika von der republikanischen Administration als erstes außenpolitisches Thema behandelt. Reagen konnte hier einen Maßstab für seine knallharte antikommunistische Politik setzen. Das konterrevolutionäre Konzept der Ideologen um Reagen lautete wie folgt: Wenn die USA nicht einmal eine Bedrohung ihrer global definierten Sicherheitsinteressen im eigenen Hinterhof handhaben können, dann ist die weltweite Glaubwürdigkeit der amerikanischen Supermacht ernsthaft gefährdet. Kirkpatrick sagte in diesem Zusammenhang im März 1981 in einer Rede: »Warum ist Zentralamerika und die Karibik der wichtigste Ort der Welt für uns? Der Grund dafür, so glaube ich, ist geopolitisch« (vgl. Gutman, S. 31). Das Thema Zentralamerika wurde in Washingtoner Regierungskreisen und in der amerikanischen Presse lebhaft diskutiert. Nach der gescheiterten Endoffensive der FMLN in El Salvador war es keine Überraschung, daß sich die Reagan-Administration sofort mit der Region befaßte. Ein zweites »Nicaragua« mußte unbedingt verhindert werden. General Haigs Ära der Terroristenbekämpfung schien angebrochen zu sein. Der Außenminister machte kriegerische Andeutungen in Richtung Kuba, als er öffentlich forderte, daß die USA zur »Quelle« der Unruhen in Mittelamerika vorstoßen müßten. Eine Quarantäne der Karibikinsel schien selbst Reagan zu weit zu gehen, von den nervös gewordenen US-Militärs ganz zu schweigen.

Doch zurück zu Nicaragua. Wie bereits angedeutet, wollten es die Ideologen der Reagan-Administration nicht beim traditionellen Werkzeug des Kalten Krieges bewenden lassen (dem »containment« wie im Fall von El Salvador). Die als marxistisch leninistisch bezeichneten Sandinistas sollten vielmehr von der Bildfläche vertrieben werden. Über einen Sturz der Sandinistas in Nicaragua redete die Reagan Administration jedoch nicht in der Öffentlichkeit. Washington beschuldigte die revolutionäre Junta, einen destabilisierenden Unruheherd in der Region zu bilden. Insbesondere wurde Nicaragua wegen der angeblichen Waffenlieferungen an die FMLN öffentlich angeklagt. Aber wenige Wochen nachdem die Reagan-Administration ihr 19,5 Mio. Dollar CIA-Geheimprogramm bezüglich Nicaragua beschlossen hatte, ließ das State Departement hochoffiziell verlautbaren, daß die USA keinerlei Hinweise mehr für nicaraguanische Waffentransporte nach El Salvador hätten. Außerdem wurde verkündet, daß die Sandinistas Propagandahilfe und andere Unterstützungsbemühungen für die Revolutionäre in El Salvador eingestellt hätten (vgl. Smith 1987, S. 91). Diese offizielle Feststellung von Reagans eigenem Außenminister spielte aber überhaupt keine Rolle mehr für die zukünftigen bilateralen Beziehungen der USA zum re-

volutionären Nicaragua. Der eigentliche Grund dieser Presseerklärung des State Departements vom 1. April 1981 war die Bekanntgabe über die endgültige Streichung der US-Wirtschaftshilfe für die Sandinistas. Der amerikanische Botschafter in Managua, Lawrence Pezzullo, hatte zwar der Regierungsjunta noch im Januar erklärt, daß Washington die suspendierte Auszahlung wieder aufnehmen würde, falls die Sandinistas ihren Beistand für die Revolutionäre in El Salvador einstellten. Genau das hatten die Sandinistas offensichtlich getan und dafür wurden sie nun mit dem Verlust von 75 Mio. Dollar belohnt<sup>5</sup>. Der US-Botschafter in Managua war mit der drastischen Maßnahme nicht einverstanden, aber er wurde ohnehin bald von der Reagan-Regierung abgelöst. Das politische Signal aus Washington war unverkennbar. Die »roll-back« Strategie begann auf Touren zu kommen.

## Die Contras

Die Schrauben gegen Nicaragua wurden allmählich fester angezogen. Reagan unterzeichnete am 23. November 1981 eine Entscheidung seines nationalen Sicherheitsrats (NSC), die später als »Directive 17« bekannt wurde. In dieser Entscheidung wurde die CIA autorisiert, eine 500-Mann starke paramilitärische Truppe aufzubauen, die offiziell die Waffenlieferungen von Nicaragua nach El Salvador unterbinden sollte... In dem erforderlichen Bericht an die Geheimdienstausschüsse, dem »Presidential Finding«, sprach Reagan von begrenzten Operationen der CIA-Truppe (vgl. Leo-Grande 1987, S. 203). Die Kongreß-Ausschüsse beließen es bei dieser Fiktion. Die US-Parlamentarier versuchten nicht, die bevorstehende Eskalation gegen Nicaragua zu unterbinden. Öffentlich diskutiert wurde die Destabilisierungspolitik ohnehin nicht. Außerdem war die Reagan-Administration sowieso schon kräftig dabei, die somozistischen Nationalgardisten zu reorganisieren. Längst bevor Reagan seinen zweiten geheimdienstlichen Befund über Nicaragua vorlegte, wurden die exilierten Nationalgardisten in amerikanischen Trainingscamps fit gemacht. In Honduras bereiteten argentinische Militärs die bald als Contras bekannten Verbände auf ihre terroristischen Aktionen gegen Ziele in Nicaragua vor. Die Offiziere der argentinischen Militärdiktatur bildeten 1981 ca. 1000 Nicaraguaner aus. Die Finanzierung hatte die CIA übernommen. Das sogenannte »La Tripartita«-Unternehmen (USA, Argentinien, Honduras) funktionierte bis zum Falkland Krieg im April 1982, als sich die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Argentinien plötzlich rapide abkühlten. Zu diesem Zeitpunkt übernahm die CIA direkt das Training der Contras. Die von der Reagan-Doktrin anvisierten »Freiheitskämpfer« in Nicaragua wurden also von den USA in die Welt gesetzt. Frühere Nationalgardisten der Somoza-Diktatur wurden zusammen mit geflohenen, bzw. entführten Bauern in paramilitärische Banden gesteckt. Training, Bewaffnung, Nachschub (einschließlich der Saläre für Kommandeure und »Soldaten«) und die Planung der Terroraktionen waren in den Händen der CIA. Die Contras waren nichts anderes als eine US-Söldnertruppe. Sie verwandelten das südliche Grenzgebiet in Honduras zu einem regelrechten Aufmarschterritorium ge-

gen Nicaragua. Erste »Erfolge« konnten die Contras im Frühjahr 1982 verbuchen: Mordanschläge gegen Zivilisten, sandinistische Staatsbedienstete sowie gegen einen kubanischen Berater. Im März 1982 wurden zum erstenmal wichtige Brücken in Nicaragua gesprengt (vgl. Kornbluh, S. 24-25). Der unerklärte Krieg der USA gegen Nicaragua hatte nun endgültig begonnen.

## **Die Diplomatische Front**

Während die Reagan-Administration den Terror gegen Nicaragua organisierte, betrieb das State Department die diplomatische Konfrontation. Eine Verhandlungslösung der Probleme USA-Nicaragua war natürlich im Interesse der Sandinistas. Nach der erfolglos verlaufenen Endoffensive der FMLN in El Salvador war die sandinistische Revolution in Nicaragua isolierter denn je zuvor. Eine ganz andere Frage war es aber, ob den USA überhaupt an einer diplomatischen Lösung gelegen war. Im August 1981 fanden in Nicaragua mehrere Treffen zwischen den sandinistischen Commandantes und dem mit Lateinamerika beauftragten Staatssekretär Enders statt. Der US-Staatssekretär beschuldigte die Sandinistas, die Sicherheit ihrer mittelamerikanischen Nachbarländer zu bedrohen. Enders offerierte Nicaragua das folgende Verhandlungspaket: Die Sandinistas sollten ihre Unterstützung für die Revolutionäre in El Salvador sofort einstellen und die eigene »Aufrüstung« beenden. Im Gegenzug würden die USA ihr Neutralitätsgebot hinsichtlich der versprengten Exil-Nicaraguaner beachten. Die Hardliner der Reagan-Administration begannen nach Enders Rückkehr in die amerikanische Hauptstadt die ohnehin vage Aussicht einer Verhandlungslösung zu hintertreiben. Dem Staatssekretär wurde vorgeworfen, daß er bei seinen Gesprächen in Nicaragua die Notwendigkeit einer »Demokratisierung«<sup>6</sup> des Landes nicht ausreichend genug betont habe (vgl. Gutman, S. 66 f., Goodfellow 1987, S. 145). Nicaraguas Botschafter Cruz erhielt im September ein erstes Dokument vom State Department. Arturo Cruz, der ein paar Jahre später zur zivilen Contra-Führung stieß, verglich den Inhalt des Papiers mit den Bedingungen einer Siegermacht (vgl. Gutman, S. 71). Das State Department forderte eine de facto Entwaffnung der sandinistischen Armee (z.B. sollte Nicaragua sich verpflichten, diverse Waffen, Hubschrauber usw. nicht zu erwerben). Der Rückexport von 15 sowjetischen Panzern wurde zu einer Vorbedingung für weitere Verhandlungen gemacht. Die bilaterale Diplomatie kam endgültig zum Stillstand, als die Sandinistas ihrerseits forderten, daß die USA die Trainingslager für Exil-Nicaraguaner in den USA auflösen müßten, bevor die Verhandlungen fortgesetzt werden können. Diese kurzlebige Episode im Sommer des Jahres 1981 machte klar, daß es der Reagan-Administration nicht darum ging, einen modus vivendi mit dem revolutionären Nicaragua zu finden: eine Isolierung des sandinistischen Regimes reichte ihr nicht aus.

Im April 1982 fand eine zweite Verhandlungsrunde mit Nicaragua statt, die auf Initiative Mexikos zustande gekommen war. Die USA forderten nun explizit ein pluralistisches politisches System, ein gemischtes Wirtschaftssystem und eine paktfreie (!)

Außenpolitik Nicaraguas. Das State Department hatte ein 8-Punkte Papier unterbreitet, woraufhin Nicaragua sich dialogbereit erklärte und einen Gegenvorschlag nach Washington schickte. Aber dieser zweite Aufguß der Enders-Verhandlungen verlief schon nach wenigen Wochen im Sande. Den eigentlichen Zweck für die diplomatischen Gespräche mit den Sandinistas enthüllte ein Papier des nationalen Sicherheitsrates (NSC), das später der Presse zugespielt wurde (vgl. NYT, 7.4.83). In zynischer Offenheit forderte das NSC-Papier eine aktive diplomatische Kampagne der USA, um z.B. Mexiko und westeuropäische Sozialdemokraten zu beeinflussen. Der NSC stellte fest, daß die Sandinistas wegen des Terrors der Contras (»our covert efforts«) unter Druck geraten seien. Dieser Druck auf Nicaragua und Kuba müsse verstärkt werden, um den Preis ihres »Interventionismus« in der Region nach oben zu schrauben. Die Reagan-Administration müsse den Verhandlungsaspekt auch deswegen aufrechterhalten, um den US-Kongreß beeinflussen zu können (vgl. Goodfellow, S. 148). Die amerikanischen Scheinverhandlungen mit den Sandinistas waren in erster Linie an die Adresse des amerikanischen Kongresses gerichtet. Die US-Regierung befürchtete, daß der Geldhahn für die Contras zugedreht werden könnte.

Nicaragua hatte immer direkte Verhandlungen mit den USA gefordert. Im Oktober 1983 besuchte Außenminister d'Escoto Washington und bot eine Reihe von Zugeständnissen an. Nicaragua war beispielsweise bereit, über den Abzug von Militärberatern und das Verbot von ausländischen Basen zu verhandeln. Die US-Regierung lehnte dieses Angebot einfach ab und verwies auf die Contadora-Initiative (vgl. Smith 1987). Scheinbar rechneten die USA nicht damit, daß Nicaragua die Contadora-Empfehlungen akzeptieren würde. Erst als die Reagan-Administration Probleme mit der Contra-Finanzierung bekam, begab sich Außenminister Shultz wieder auf das diplomatische Gleis<sup>7</sup>. Während eines zweistündigen Aufenthalts auf dem Flughafen von Managua machte der amerikanische Außenminister Daniel Ortega am 1. Juni 1984 den Vorschlag, direkte Gespräche aufzunehmen. Diese Verhandlungen begannen im Juni in Manzanillo (Mexiko), wurden aber im November 1984 von den USA aufgekündigt. Es war das letzte Mal, daß die Reagan-Administration direkte Verhandlungen mit den Sandinistas führte. Als Reagan im Frühjahr 1985 vom amerikanischen Kongreß eine Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung der Contras forderte, schrieb er einen offiziellen Brief an den Senat. Er versprach darin, die bilateralen Verhandlungen mit der Regierung Nicaraguas neu zu beleben. Einige Monate später forderten die Contadora-Außenminister Nicaragua und die USA auf, ihre direkten Gespräche fortzusetzen. Die Sandinistas stimmten sofort zu, aber Reagan reagierte nicht auf diese Empfehlung (vgl. Smith, S. 99). Das Contra-Paket war inzwischen verabschiedet. Die Reagan-Administration forderte seit 1985 von der Regierung Nicaraguas die Aufnahme direkter Verhandlungen mit den Contras.

Am 1. Mai 1985 verordnete Reagan einen totalen Handelsboykott gegen Nicaragua. Der Boykott ist seitdem jährlich erneuert worden. Die Sandinistas hielten trotzdem an ihrer Forderung nach Verhandlungen mit den USA fest. Die Nicaraguapolitik der USA bestand von nun an nur noch in der bedingungslosen Unterstützung der Contras. Im Juli 1985 wurde der Hardliner Elliot Abrams im State Department zum für Latein-



amerika zuständigen Staatssekretär ernannt. Abrams wichtigster Job im amerikanischen Außenministerium war das Management der Contra-Politik.

## Organisierter Terror

Im Herbst 1982, ein Jahr nachdem Reagan »Directive 17« unterzeichnet hatte, war aus dem geplanten 500-Mann starken CIA-Team zur Unterbindung der sandinistischen Waffenhilfe für die FMLN eine Kleinararmee von ca. 4000 Kämpfern geworden. Die im amerikanischen Sold stehenden Contras waren bereits dreimal so groß wie die CIA-trainierten Exil-Kubaner, die 1961 in der Schweinebucht gelandet waren. Reagans Contra-Politik war zum größten CIA-Unternehmen seit Bestehen des Geheimdienstes geworden. Die in Honduras operierenden Contras wurden von dem letzten Militärrattache des Somoza-Regimes in Washington, Oberst Enrique Bermudez, kommandiert. Die Contras in Honduras nannten sich Demokratische Front Nicaraguas (FDN). Die FDN war im August 1981 auf Initiative der CIA in Guatemala-City gegründet worden. Die Gründung der FDN fand zum gleichen Zeitpunkt statt, als sich Staatssekretär Enders zu Verhandlungen mit den Sandinistas in Managua aufhielt. In Costa Rica operierte zu Beginn der achtziger Jahre eine andere Contra-Fraktion, die Revolutionär-Demokratische Allianz (ARDE). Diese Organisation stand nicht unter der Führung von Ex-Somozisten, sondern wurde von dem ehemaligen Sandinista Eden Pastora und einem früheren Mitglied der revolutionären Regierungsjunta in Nicaragua, dem Geschäftsmann Alfonso Robelo, geleitet. Die CIA unterstützte auch diesen Ableger der Konterrevolution, um die sogenannte Südfront aufzubauen. Presseberichten zufolge erhielten die ARDE-Contras zeitweilig eine monatliche Hilfe in Höhe von 400000 Dollar (vgl. Armstrong 1987, S. 55). Eden Pastora bot sich als »saubere« Ergänzung zu den Ex-Somozisten an. Aber Pastora widerstand dem Druck der CIA, seine Truppe mit der größeren FDN in Honduras zu vereinigen. Er wollte nicht direkt mit den Ex-Somozisten kooperieren. Im Mai 1984 wurde auf Pastora ein Attentat verübt, bei dem mehrere ausländische Journalisten getötet und schwer verletzt wurden<sup>8</sup>. Ein Jahr später sorgte die Reagan-Administration dafür, daß die Contras eine neue militärische Führung bekamen. Eine Dachorganisation namens UNO (Vereinigte Nicaraguanische Opposition) wurde gegründet. Ihre Spitze bestand aus dem FDN-Führer A. Calero und zwei ehemaligen Verbündeten der Sandinistas, A. Cruz und A. Robelo. Diese Organisation sollte den somozistischen Contras die nötige demokratische Legitimation verschaffen. Als Reagan in einer seiner vielen Propagandareden zu Gunsten der Konterrevolutionäre vor der Presse ausrief, »I'm a contra too«, standen die frischgebackenen UNO-Führer neben ihrem Arbeitgeber. Calero stieß ein unvergeßliches »Viva Reagan« aus. Der Contra-Zirkus näherte sich seinem Washingtoner Höhepunkt..... (vgl. Cockburn 1987, S. 249). Wie sich später herausstellte, wurden die drei Führungsfiguren damals von einem Beamten des NSC auf die Gehaltsliste eines Contra-Spendensammlers gesetzt<sup>9</sup>. Als »Angestellte« der US-Regierung hatten die drei den Terror der Contras an die Abgeordneten des Kongresses zu vermarkten. Cruz trat relativ schnell von seinem Posten zurück. Robelo gehört seit

mehr als einem Jahr nicht mehr zur Contra-Führung, die zur Zeit aus einem 7-köpfigen Direktorium besteht.

Die Contras intensivierten Ende 1982/Anfang 1983 ihren Terror gegen Ziele im Osten und Innern Nicaraguas. Der Terror wurde zu einem alltäglichen Ereignis. Viele Zivilisten wurden in Überfällen und Hinterhalten ermordet. Die angeblichen »Freiheitskämpfer« griffen insbesondere kleine Ortschaften, staatlich organisierte Agrarkooperativen sowie ländliche Sozial- und Gesundheitseinrichtungen an. Die Contra-Überfälle hinterließen große ökonomische Schäden. Viele Brücken, Stromgeneratoren usw. wurden zerstört. Diese Terroraktionen wurden zeitweilig durch selektive CIA-Anschläge in James-Bond-Manier ergänzt. Zwischen September 1983 und April 1984 wurden mehr als zwanzig Sabotageunternehmen ausgeführt. Zum Beispiel: Im September 1983 griffen mehrere Schnellboote nicaraguanische Häfen an und zerstörten diverse Anlagen, einschließlich einer Öl-Pipeline. Im Oktober desselben Jahres attackierten CIA-Kommandos Corinto, den wichtigsten Handelshafen Nicaraguas. Mörser und Granaten zerstörten u.a. fünf große Öl- und Benzinlager, wobei 3,4 Mio. Gallonen in die Luft gejagt wurden. Das Feuer war zwei Tage lang außer Kontrolle, so daß 25000 Einwohner evakuiert werden mußten. Neben dem ökonomischen Schaden gab es mehr als hundert Verletzte (vgl. Kornbluh, S. 28-30). Reagans Autorisierung von »Directive 17« schloß ausdrücklich eine direkte Rolle der CIA in Operationen ein, die besondere Ziele in Nicaragua betrafen (WP, 8.5.1983). Die von CIA-Experten durchgeführten Aktionen gingen offiziell auf das Konto der Contras. Die Contra-Führung übernahm jeweils öffentlich die Verantwortung. Dem amerikanischen Kongreß sollte vorgetäuscht werden, daß die Contras eine effektive Streitmacht seien, die die Sandinistas ernsthaft bedrohen könne.

Die Contras waren in dem inzwischen sieben Jahre andauernden Terrorkrieg nie in der Lage, sogenannte »befreite Zonen« zu errichten. Die Art ihrer Kriegsführung schloß eine nennenswerte Unterstützung seitens der ländlichen Bevölkerung aus. Reagans »Freiheitskämpfer« machten nur durch eine endlose Anzahl von scheußlichen Menschenrechtsverletzungen auf sich aufmerksam. Selbst der frühere CIA-Direktor Turner bezeichnete die Contras als staatlich unterstützte Terroristen<sup>10</sup>. Ein ehemaliger Mitarbeiter der CIA erläuterte vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag das ursprüngliche Konzept des US-Geheimdienstes: Die CIA-Planer erwarteten, daß die von Honduras ausgehende Infiltration der Contras die Sandinistas zu Grenzattacken provozieren würde. Damit wäre die angebliche Aggressivität der nicaraguanischen Revolutionäre gegen ihre Nachbarländer demonstriert. Zweitens hoffte man, daß Nicaragua angesichts des Contra-Terrors bürgerliche Freiheitsrechte einschränken würde. Diese Strategie sollte die Sandinistas also zu dem machen, was sie in der Rhetorik der Reagan-Administration schon immer waren: Repressiv im Innern und aggressiv nach außen (vgl. Kornbluh, S. 23). Als die Regierung Nicaraguas mit den Contras im Frühjahr 1988 schließlich einen vorläufigen Waffenstillstand vereinbart hatte, waren dem Terrorkrieg mehr als 26000 Menschen zum Opfer gefallen. Die Regierung bezifferte die ökonomischen Kriegsschäden auf ca. 3,6 Mrd. Dollar (vgl. NYT, 6.7.88).

## »U.S.S. Honduras«

Nicaraguas nördliches Nachbarland Honduras wurde nicht allein für die Contras zum Trainings- und Aufmarschgebiet. Die USA verwandelten Honduras durch enorme Investitionen quasi in einen landgestützten Flugzeugträger für ihre Militärmaschinen. Den Regierungen von Honduras wurde über einen Zeitraum von 35 Jahren (1946-1981) insgesamt ca. 39,5 Mio. Dollar an Militärhilfe von den USA gewährt. Innerhalb von nur fünf Jahren (1982-1987) erhielt Honduras eine Gesamtsumme von 346,8 Mio. Dollar Militärhilfe (vgl. NACLA 1988, S. 33). Die US-Prioritäten hatten sich merklich verschoben und die honduranischen Generäle ließen sich ihre Gastgeberrolle für die Contras fürstlich belohnen. Die USA stationierten in Honduras erstmals ca. 1200 Soldaten auf ihrem zentralen Stützpunkt in Palmerola. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Armitage berichtete einem Senatsausschuß im April 1987, daß die »vorläufige« Stationierung der US-Truppen erst dann beendet werden kann, wenn die Sandinistas keine Bedrohung mehr für die »wirklichen Demokratie in der Region« sind (vgl. NACLA 1988, S. 20/21). 1983 fand das erste großangelegte amerikanische Manöver (»Big Pine«) statt, zu dem auch Verteidigungsminister Caspar Weinberger extra aus Washington angereist kam. Die US-Navy probte vor den Küsten Nicaraguas und in Honduras landeten mehrere Tausend Soldaten amerikanischer Bodentruppen. Diese gemeinsame Übung von See-, Luft- und Bodentruppen wurde über einen Zeitraum von sechs Monaten gestreckt. Es war die erste Invasionseinschüchterung Nicaraguas, die parallel zum Contra- und CIA-Terror ablief. Viele gemeinsame US-honduranische Militärübungen folgten. Diese Manöver dienten indirekt auch immer der Contra-Hilfe, da das US-Militär in der Regel diverse Materialien in Honduras beließ, die an die Contras weitergeleitet werden konnten (vgl. Gold 1987, S. 41).

## Verminderung der Häfen

Ein erster Höhepunkt in der US-Contra-Politik war die Verminderung der nicaraguanschen Häfen, die im Frühjahr 1984 international publik wurde. Ein Dutzend Schiffe wurden beschädigt, zwei nicaraguansische Seeleute getötet und fünfzehn verletzt, darunter fünf aus der UdSSR. Nach der Verminderung der Häfen rief die sandinistische Regierung Anfang April 1984 den Internationalen Gerichtshof in Den Haag an. Die Regierung forderte den Gerichtshof auf, die US-Unterstützung der Contras und die Verminderung der Häfen in den Hoheitsgewässern Nicaraguas als Völkerrechtsbruch zu verurteilen. Das State Department war auf diesen Schritt vorbereitet und verkündete innerhalb von 24 Stunden, daß die USA die Urteile des Gerichtshofs in Disputen mit zentralamerikanischen Staaten zwei Jahre lang nicht anerkennen würde (vgl. Gutman, S. 202). Glaubte Washington im April 1984, daß man das »Nicaragua-Problem« innerhalb von zwei Jahren gelöst haben würde?

Auch im Fall der Minenlegung trug die CIA den Contras die Aufgabe zu, die Tat als

ihr Werk darzustellen. Der ehemalige Contra-Führer Edgar Chamorro berichtete später, daß er um 2 Uhr nachts geweckt wurde und eine Presseerklärung im besten Spanisch zugesteckt bekam. Die Verminung der nicaruanischen Häfen mußte so schnell wie möglich über die Contra-Radiostation in Honduras verkündet werden, offensichtlich um einer Bekanntgabe der Sandinistas zuvorzukommen (vgl. *New Republic*, 5.8.1985). Die FDN-Radiostation warnte sogar Lloyds in London, daß die internationale Handelsschiffahrt die verminnten Häfen nicht mehr anlaufen sollte. Scheinbar hegten die amerikanischen Planer dieser Aktion die Hoffnung, daß Nicaragua mit der Verminung ökonomisch isoliert werden könnte. Aber das erwies sich als Fehlkalkulation. Die internationale Handelsschiffahrt lief die Häfen weiterhin an. Der Plan zur Verminung der Häfen war in Washington vom State Departement, der CIA und dem Nationalen Sicherheitsrat gemeinsam ausgearbeitet worden. Reagan bewilligte den Plan, der ihm von CIA-Chef William Casey vorgelegt wurde. Shultz Stellungnahme zu der geplanten Minenlegung lautete kurz und bündig: »Fine« (vgl. Woodward, S. 316-317). Die Verminungsaktion wurde auf internationaler Bühne scharf kritisiert. Selbst die Thatcher-Regierung bezeichnete die US-Aktion als Bedrohung für die Freiheit der internationalen Seeschiffahrt. Frankreich bot der nicaruanischen Regierung die Entsendung von Minensuchbooten an (allerdings unter der einschränkenden Voraussetzung, daß sich ein weiteres westeuropäisches Land an diesem Unternehmen beteiligen würde – letzteres geschah nicht). Richard Burt, damals im State Departement für Westeuropa zuständig, soll nach dieser Offerte dem französischen Botschafter erklärt haben, daß die US-Regierung Wirtschaftshilfe an die Sandinistas noch tolerieren könne, militärische Unterstützung aber nicht. Die amerikanische Position faßte er so zusammen: »This is our hemisphere« (vgl. Gutman, S. 201). Das State Department leugnete jedoch anfänglich jede amerikanische Beteiligung an der Verminung. Diese Schutzbehauptung wurde nicht einmal von den konservativen Reagan-Unterstützern im US-Kongreß als bare Münze an die Öffentlichkeit weitergegeben. Selbst der rechte Republikaner Goldwater, allseits »Mr. Conservative« genannt, bezeichnete die amerikanische Verminungsaktion als Bruch des Völkerrechts und kriegerischen Akt, der nicht verteidigt werden könne (vgl. Gutman, S. 194-203). Senat und Repräsentantenhaus verurteilten die Verminung der Häfen. Reagans unerklärter Krieg gegen die Sandinistas stieß allmählich auf Widerstand bei der politischen Opposition im Kongreß sowie in der amerikanischen Öffentlichkeit.

### **Der US-Kongreß bekommt kalte Füße**

Reagans offizielle Begründung für den Beginn des schmutzigen Krieges, die Unterbindung von Waffentransporten nach El Salvador, war schon immer eine Fiktion gewesen. Aber als die US-Presse im Jahre 1982 Reportagen über die wirklichen Aktivitäten der Contras veröffentlichte, konnte selbst die Reagan-Administration ihre eigene Fiktion nicht mehr aufrechterhalten. Im Herbst 1982 wurde dem Kongreß mitgeteilt, daß die Contras nicht direkt den Waffennachschub in Richtung El Salvador

stoppen sollten. Es ginge vielmehr darum, Nicaragua für die Unterstützung der Guerillas in El Salvador zu bestrafen. Durch diesen Druck würden die Sandinistas gezwungen, ihre Hilfe für die FMLN einzustellen (vgl. LeoGrande, S. 204).

Erst im Frühjahr 1983, als die amerikanische Presse wiederholt über die Intensivierung des Contra-Krieges und die Rolle der USA berichtete, kam es im Kongreß zu einer deutlichen Opposition gegen diese Politik. Die Abgeordneten Boland und Zablocki legten einen Gesetzesantrag vor, der die Finanzierung, sei es direkt oder indirekt, von militärischen, bzw. paramilitärischen Operationen gegen Nicaragua mit einem Verbot belegte (zweites »Boland-Amendment«). Im Juli 1983 wurde diese Initiative debattiert und erstmals stimmte die Mehrheit des Repräsentantenhauses gegen Reagans Contra-Politik (vgl. Armstrong, S. 34). Dieses Votum war nur der Auftakt für unzählige Debatten und Abstimmungen des Kongresses zum Thema Contras und Nicaragua. Reagan hatte im April 1983 vor beiden Häusern des Kongresses eine Rede zu seiner Zentralamerikapolitik gehalten. Es war das erste Mal, daß ein amerikanischer Präsident vor dem Kongreß eine außenpolitische Rede hielt, die ausschließlich der US-Politik vis-à-vis Zentralamerika gewidmet war. Die Rede wurde live von den großen amerikanischen Fernsehanstalten übertragen. Reagan nannte die Sandinistas eine diktatorische Junta, die nicht vor der Wut ihrer eigenen Bevölkerung geschützt werden sollte<sup>11</sup>. Er versicherte, daß die USA die Sandinistas nicht stürzen wollten. Es sei aber im amerikanischen Interesse, daß Nicaragua seine Nachbarn nicht durch den Export von Subversion und Gewalt ansteckt (vgl. Gutman, S. 131). Der Werbefeldzug zum Verkauf der Contras als »Freiheitskämpfer« an die amerikanischen Fernsehkonsumenten hatte spätestens mit dieser Rede begonnen. Nach der ersten Mißbilligung der Contra-Politik im Kongreß versuchte die Reagan-Administration, einen überparteilichen Konsens zu schmieden, um nicht die Initiative zu verlieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der Kissinger-Kommission zu sehen.

Die Verminung der nicaraguanischen Häfen führte zum vorläufigen Ende der Besoldung der Contras durch den amerikanischen Kongreß. Kurz bevor der Skandal aufzog, forderte die Administration in einem Nachtragshaushalt noch weitere 21 Mio. Dollar für die Contras. Dies wurde vom Kongreß wenig später abgelehnt. Darüber hinaus erlangte das zweite »Boland-Amendment« Gesetzeskraft, nachdem auch der Senat diesen Antrag nach der Minenaffäre verabschiedet hatte. Der US-Regierung war es damit vorerst gesetzlich untersagt, Unterstützung für militärische oder paramilitärische Operationen gegen Nicaragua zu gewähren. Die Administration mußte sich also nach alternativen Financiers für ihre Contra-Politik umsehen.

## **Die Iran-Contra Affäre**

Der amerikanische Justizminister Meese gab am 25. November 1986 auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz bekannt, daß ein Teil der Erträge aus den geheimen Waffenverkäufen an den Iran zu den nicaraguanischen Contras geflossen war. Jahrelang hatte die Reagan-Administration den Iran, neben Libyen, als verabscheu-

ungswürdigen Terroristenstaat verdammt. Gleichwohl hatten Beamte des NSC, unter Vermittlung der Israelis, geheime Kontakte zu den Iranern aufgenommen. Kurzum, die USA lieferten den Iranern mehrere Ladungen TOW und Hawk Raketen, um im Gegenzug US-Geiseln aus Beirut freizubekommen. Reagan hatte das politische Geschäft mit dem Iran höchstpersönlich genehmigt. Dieser Waffen-für-Geiseln Deal (mit dem Decknamen »The Enterprise«) wurde allerdings nicht von den regulären US-Regierungsbehörden abgewickelt, sondern von privaten Waffenhändlern und Geschäftsleuten, die langjährige Geheimdienstverbindungen hatten. Es handelte sich um ein kompliziertes Geflecht von unzähligen Briefkastenfirmen sowie zahlreichen Schweizer und Off-Shore-Bankkonten. CIA-Chef Casey und NSC-Mitarbeiter North waren die »Enterprise«-Manager auf seiten der Reagan-Administration. Außen- und Verteidigungsminister waren nicht an dieser Sache beteiligt (Shultz und Weinberger hatten intern gegen den Deal mit dem Iran votiert). Die Privatisierung der amerikanischen Außenpolitik war komplett, als man die vom Kongreß trockengelegten Contras mit Millionenbeträgen versorgte. Dazu paßte ins Bild, daß es die »Enterprise«-Hintermänner waren, die den »Freiheitskämpfern« die benötigten Waffen usw. verkauften. Sie stellten auch Flugzeuge für den Luftnachschub über Nicaragua zur Verfügung. Der nach der Aufdeckung des Skandals gefeuerte Oberstleutnant North leitete in seinem Büro im Kellergeschoß des Weißen Hauses die logistische Versorgungsarbeit für die Contras. Der Untersuchungsausschuß des Kongresses konnte nicht feststellen, daß Reagan von dem Transfer der iranischen Gelder an die Contras gewußt hat. Sein zurückgetretener Sicherheitsberater Admiral Pointdexter bezeugte, daß er dem Präsidenten davon keine Mitteilung gemacht habe... CIA-Chef Casey war kurz vor Beginn der Anhörungen des Iran-Contra-Ausschusses gestorben... (zum Iran-Contra Skandal vgl. Armstrong 1987 und Tower 1987).

Im Rahmen des Iran-Contra Skandals wurden noch weitere Finanzquellen aufgedeckt, die amerikanische Regierungsbeamte angezapft hatten, um das »Boland-Amendment« zu umgehen. So wurde beispielweise enthüllt, daß der ehemalige Sicherheitsberater von Reagan, Robert McFarlane, schon im Mai 1984 vom Botschafter Saudi Arabiens in den USA eine Zusage über eine Million Dollar monatlich für die Contras erhalten hatte. Der Kongreßausschuß stellte fest, daß die Saudis bis zum Frühjahr 1986 insgesamt 31 Mio. Dollar überwiesen hatten. Auch Taiwan beglückte die Contras mit einer Millionenspende.

Private Spendenaktionen für die Contras wurden zu einer gefeierten Sache von rechten Evangelisten und anderen hardline Reagan-Unterstützern. Der Führer einer Organisation namens »World Anti-Communists League«, General John Singlaub, war einer der effektivsten Spendensammler. Singlaub behauptete Ende 1984, daß er monatlich 500000 Dollar zusammenbekam (vgl. Kornbluh, S. 32). Die Spenden konnten übrigens von der Steuer abgesetzt werden. Von der »Moral Majority« über den Fernsehprediger und Präsidentschaftsbewerber Pat Robertson bis hin zur Vereinigungskirche des Koreaners Moon beteiligten sich alle ultrarechten Organisationen in den USA an dieser Kampagne. Reagan selbst rief die amerikanische Bevölkerung mehrmals zur privaten Hilfe für die Contras auf. Der Präsident hielt Reden bei sogenannten

»fund-raising« Essen und empfang Großspender wie z.B. den Bierbrauer Joseph Coors persönlich im Weißen Haus. Die von Reagan hofierte Spendenkampagne war symptomatisch für die reaktionäre politische Kultur der 80er Jahre in den USA. Selbst in der »New York Times« wurde beispielsweise in ganzseitigen Anzeigen zu »humanitären« Contra-Spenden aufgerufen. Der frühere Finanzminister William Simon, Schauspieler Charlton Heston etc. unterschrieben diese nicht ganz preiswerten Annoncen. Zusammengefaßt kann man sagen, daß die Reagan-Administration und ihre rechten Sympathisanten alles daran setzten, die Contras politisch und finanziell am Leben zu erhalten. Für die Reaganisten waren diese »Freiheitskämpfer« zu einer emotionalen Sache geworden.

### **»Kriegserklärung« des Kongresses**

Als im November 1986 die Iran-Contra Affäre die amerikanische Presse wochenlang beschäftigte und das Weiße Haus praktisch lahmlegte, hatte der Kongreß die Finanzierung der Contras längst wieder abgesegnet. Nach mehreren erfolglosen Anläufen war es Reagan im Juni 1985 endlich gelungen, eine Mehrheit im Repräsentantenhaus für die Contra-Besoldung zu finden. Reagan hatte zwischenzeitlich eine noch nicht dagewesene Lobbyierung einzelner Abgeordneter betrieben. Darüber hinaus beutete Reagan den Moskaubesuch Daniel Ortegas propagandistisch aus. In der Zeit nach Reagans Abstimmungsniederlage im April war Nicaraguas Präsident zu einem Staatsbesuch nach Moskau geflogen. Ortega war schon mehrmals in der sowjetischen Hauptstadt gewesen, aber dieser Besuch entfachte einen politischen Feuersturm im rechten Lager Washingtons, einschließlich vieler US-Medien. Innerhalb weniger Wochen bekehrte der republikanische Präsident viele Abgeordnete zu einer Ja-Stimme für die Contras.

Reagans nächste parlamentarische Contra-Schlacht fand ein Jahr später statt, als ihm das Repräsentantenhaus zuerst eine Abfuhr erteilte. Im März 1986 lehnte das Haus ein 100-Mio.-Dollar-Paket an Militärhilfe mit 222 zu 210 Stimmen ab. Aber drei Monate später bekam Reagan grünes Licht für die Contra-Gelder (die Abstimmung lautete 221-209). Mit der Autorisierung der 100 Mio. Dollar wurden auch gleichzeitig alle Restriktionen bezüglich der offiziellen Involvierung der CIA in die Kriegsführung der Contras aufgehoben. Es war das erste Mal, daß der US-Kongreß die CIA mit der Implementierung eines solchen Programms beauftragte. Die anfänglichen Destabilisierungsprogramme Anfang der 80er Jahre waren alle in geheimgehaltenen Haushaltsfonds der Agency versteckt gewesen und nie offen im Kongreß debattiert worden. Es war in der Tat höchst ironisch, daß die amerikanischen Parlamentarier der Militärhilfe zu einem Zeitpunkt zustimmten, als der Rechnungshof des Kongresses gerade herausgefunden hatte, daß mehr als fünfzig Prozent der »humanitären« 27 Mio. Dollar aus dem vorigen Haushaltsjahr unauffindbar und z.B. auf Off-Shore Konten in der Karibik verschwunden waren. Die amerikanische Presse ergänzte diese Korruptionstories über Reagans »Freiheitskämpfer« mit Reportagen über die Verbindungen der

Contras zum internationalen Drogen- und Waffenhandel (vgl. LeoGrande). Nicaraguas Präsident Ortega nannte das Abstimmungsergebnis praktisch eine Kriegserklärung der USA gegen sein Land (vgl. NYT, 29.6.86). Zwei Tage nach der Bewilligung der Militärhilfe hatte in Den Haag der Internationale Gerichtshof sein Urteil zur CIA-Hafenverminung und Contra-Unterstützung verkündet. Es wurde festgestellt, daß die USA mit ihrer Contra-Politik die Charta der UNO verletzt hatten und Reparationen an Nicaragua zahlen mußten (vgl. UN Security Council, S/18221). Das State Department wiederholte die imperiale Position der Reagan-Administration, die dem Gerichtshof schroff jede Legitimation zur Behandlung dieses Konflikts absprach. Die Meinung des Internationalen Gerichtshofs schien auch die Mehrheit des Kongresses nicht zu interessieren. Ein derartiges Urteil war offensichtlich erwartet worden, aber seit der Monroe-Doktrin galt die Auffassung, die R. Burt dem französischen Botschafter mit auf den Weg gegeben hatte: »This is our hemisphäre«.

### **Torpedierung der Contadora-Initiative**

In ihrer Caraballeda-Erklärung hatten die vier Länder der Contadora-Initiative (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) zusammen mit der neugebildeten Unterstützerguppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) die USA im Januar 1986 explizit aufgerufen, ihre Unterstützung der Contras einzustellen (vgl. Goodfellow, S. 152). Seit Beginn des Jahres 1983 versuchten die Contadora-Staaten, eine friedliche Lösung im Konflikt zwischen den USA und Nicaragua zu finden. Die Außenminister der inzwischen »Gruppe der Acht« genannten Initiative wandten sich Anfang 1986 direkt an US-Außenminister Shultz, um die Contra-Politik der USA zu stoppen. Das Ersuchen der Acht wurde von Shultz und seinem Lateinamerika-Staatssekretär Abrams brüsk abgelehnt (vgl. Smith, S. 101). Wenige Tage später beantragte Reagan offiziell 100 Mio. Dollar an Contra-Hilfe vom Kongreß. Die Isolierung der USA in Lateinamerika im Hinblick auf die Contra-Politik konnte kaum größer sein.

Die Reagan-Administration hatte immer behauptet, den Contadora-Friedensprozeß zu unterstützen. Doch dieses Bekenntnis war nichts weiter als eine ständig wiederholte diplomatische Sprechblase. Am 7. September 1984 legten die Contadora-Staaten in Panama-City ihren ersten unterschrittsreifen Vertragsentwurf vor. In Erwartung einer Ablehnung Nicaraguas sprach Georg Shultz daraufhin in einem Brief an die EG-Außenminister von einem wichtigen Schritt nach vorn. Zwei Wochen später erklärte sich die Regierung Nicaraguas zur sofortigen Unterzeichnung der »Contadora-Act« bereit. Diese Nachricht traf das State Department völlig unvorbereitet. Plötzlich wurde der Vertragsentwurf als »unbefriedigend« und »einseitig« bezeichnet. Die Reagan-Administration startete sofort intensive »Konsultationen« mit El Salvador, Honduras und Costa Rica. Es war keine große Überraschung, daß diese Länder wenig später eine Revision des Textes forderten. Die Contadora-Initiative war vorerst erfolgreich blockiert worden (vgl. Goodfellow, S. 149 f.). Ein Jahr später unterbreiteten die Contadora-Staaten einen zweiten Entwurf, der z.B. militärische Übungen der USA in



Mittelamerika unter bestimmten Bedingungen zuließ. Nicaragua weigerte sich, die neue »Contadora-Act« zu unterschreiben. Die Sandinistas befürchteten, einseitig eine Reduzierung von Truppenstärke und Bewaffnung angesichts der US-Contra Aggression hinnehmen zu müssen. Nachdem im April 1986 in Washington ein rechter Proteststurm gegen Reagans damaligen Mittelamerika-Sonderbotschafter Habib ausbrach, änderte sich die Position Nicaraguas. Habib hatte einem Kongreß-Abgeordneten schriftlich mitgeteilt, daß die USA gemäß dem neuen Contadora-Text ihre Contra-Hilfe nach Unterzeichnung des Vertrags einstellen müßten<sup>12</sup> (vgl. Gutman, S. 330). Überrascht von der Entrüstung der hartnäckigen Contra-Unterstützer in Washington, erklärte sich Nicaraguas Präsident Ortega am 27. Mai 1986 bereit, den Vertragsentwurf doch zu unterzeichnen. Die weitere Entwicklung zeigte dann erneut, daß die USA immer weiter von der Contadora-Initiative abrückten je positiver sich Nicaragua zu dem konkreten Text äußerte. Reagan beschuldigte die Sandinistas sofort, daß sie nur deswegen zur Unterschrift bereit seien, um seine Contra-Hilfe im Kongreß zu kippen. Die US-Administration sprach plötzlich nur noch von einer Unterstützung des Contadora-Prozesses, wenn dieser eine »wirkliche Demokratie« in Nicaragua zur Folge hätte (vgl. Goodfellow, S. 154). Diese »wirkliche Demokratie« wurde natürlich in Washington definiert. Der neue Entwurf der »Gruppe der Acht« wurde nie unterzeichnet. Die Reagan-Administration hatte den Contadora-Prozeß erfolgreich zu Grabe getragen, weil diese lateinamerikanische Initiative mit dem eigentlichen Ziel der USA kollidierte. Im Gegensatz zur Reagan-Administration akzeptierten die Contadora-Staaten die sandinistische Revolution in Nicaragua.

### **Unterminierung des Arias-Plans**

Mitte 1986 hatte die Reagan-Administration mit Hilfe ihrer anti-sandinistischen »Alliierten« Costa Rica, El Salvador und Honduras den Contadora Friedensprozeß de facto zum Scheitern gebracht. Doch kurze Zeit später füllte der Iran-Contra Skandal die Schlagzeilen der Presse und die drei Nachbarstaaten Nicaraguas bekamen kalte Füße. Trotz der gerade bewilligten 100 Mio. Dollar schien das Schicksal der Contras besiegelt zu sein. Das Contra-Programm schien nach den Enthüllungen der Affäre erstmal auf ein Abstellgleis geraten zu sein. Für die Reagan-Administration ging es Anfang des Jahres 1987 vor allem um politische Schadensbegrenzung. Gleichzeitig war im Mai 1986 in Costa Rica der Sozialdemokrat Oscar Arias Präsident geworden. Er entwarf einen regionalen Friedensplan, der zwar auch die Guerillakriege in El Salvador und Guatemala lösen sollte, aber zweifellos auf Nicaragua zugeschnitten war. Der kurze Plan wich nur unwesentlich von den umfangreichen Contadora-Entwürfen ab, jedoch legte Arias das Schwergewicht auf die Probleme »Nationale Versöhnung« und »Interne Demokratie« (vgl. Procedimiento 1987). Arias enthüllte den Text seines Plans, als er sich im Februar 1987 mit drei anderen Präsidenten aus der zentralamerikanischen Region traf. Nicaraguas Präsident Ortega hatte man nicht hinzugebeten. Aber nach diesem Vierer-Treffen wurde Nicaragua zu einer regionalen

Friedenskonferenz eingeladen, die nach mehrmaligem Aufschub Anfang August 1987 stattfand.

Am 7. August konnten sich die fünf zentralamerikanischen Präsidenten in Esquipulas (Guatemala) auf einen Friedensplan einigen. Noch in letzter Minute hatte die Reagan-Administration versucht, die Billigung eines solchen regionalen Plans zu torpedieren. Nur zwei Tage vor dem Treffen der fünf Präsidenten in Esquipulas wurde in Washington der sogenannte Reagan-Wright Plan der Presse vorgestellt. Der Präsident des Repräsentantenhauses, der Demokrat Jim Wright, hatte zusammen mit der Reagan-Administration im Schnellverfahren einen Plan entworfen, der im wesentlichen die Contras beschützen sollte. Viele Abgeordnete aus Wrights eigener Partei lehnten diese Initiative sogleich als Public Relations Coup der Reagan Administration ab. Die fünf mittelamerikanischen Präsidenten ließen den Reagan-Wright Plan während ihres Treffens in Guatemala ohnehin unbeachtet. Unmittelbar nach der Annahme des von Costa Ricas Präsidenten Arias vorgeschlagenen Esquipulas-Plans erklärte der Präsident des US-Repräsentantenhauses seine volle Unterstützung für diesen Plan. Die Reagan-Administration schien plötzlich wieder isoliert zu sein, nachdem der politische Schaden des Iran-Contra Skandals gerade erfolgreich beseitigt war. Reagan gab ein lauwarmes Bekenntnis zum Esquipulas-Plan ab und machte zugleich deutlich, daß seine »Freiheitskämpfer« nicht ungeschützt bleiben dürften. Wenige Wochen nach der Verabschiedung des Esquipulas-Plans verkündete Außenminister Shultz, daß die Administration vom Kongreß 270 Mio. Dollar an Contra-Hilfe fordern werde. Die Reagan-Administration setzte alles daran, Punkt 5 des Plans zu unterlaufen (=Einstellung der Hilfe für »irreguläre Kräfte und Rebellen«, vgl. Procedimiento). Es kam aber nicht sofort zu einem formalen Antrag an den Kongreß, weil die Administration nicht über die notwendigen Stimmen verfügte.

Schon bald nach dem Inkrafttreten des Esquipulas-Plans geriet Nicaragua zunehmend unter politischen Druck seitens der Mitunterzeichner des Plans und durch Politiker der Demokratischen Partei in den USA. Die Reagan-Administration hatte die regionale Friedensinitiative ohnehin ausschließlich als Nicaragua-Plan gesehen. Die Implementierung der politischen Vorgaben des Plans durch die anderen Länder Zentralamerikas spielte für die USA überhaupt keine Rolle. Zwei Monate nach Unterzeichnung des Esquipulas-Plans forderte Friedensnobelpreisträger Arias öffentlich von den Sandinistas, Verhandlungen mit den Contras zu führen (vgl. NYT 25.10.87), obwohl der Esquipulas-Plan keinerlei Verhandlungen zwischen den Regierungen und Vertretern der »irregulären Kräfte« (den Contras im Falle Nicaraguas) verlangte. Dennoch stimmte Präsident Ortega Mitte November 1987 einem Vorschlag des demokratischen Führers Wright zu, indirekte Verhandlungen mit den Contras aufzunehmen. Der nicaraguanische Kardinal Obando y Bravo fungierte als Mittelsmann bei diesen ergebnislos gebliebenen Verhandlungen, die Ende 1987 in Santo Domingo stattfanden. Die nicaraguanische Regierung wollte ausschließlich über einen Waffenstillstand mit den Contras verhandeln. Das wurde von Reagans »Freiheitskämpfern« abgelehnt. Sie wollten politische Gespräche führen. Eine ihrer Forderungen war beispielsweise die Auflösung der landwirtschaftlichen Kooperativen in Nicaragua. Die

Reagan-Administration hatte unterdessen ein formales Contra-Hilfspaket in Höhe von ca. 36 Mio. Dollar für einen Zeitraum von vier Monaten zusammengeschnürt (fast 10 Mio. pro Monat, soviel Geld war den Contras noch nie zugeflossen). Es kümmerte die US-Regierung überhaupt nicht, daß sie mit einer derartigen Unterstützung den Esquipulas-Plan verletzen würde. Wenige Tage vor dem neuen Gipfeltreffen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten (150 Tage nach Annahme des Plans war ein solches Treffen vorgesehen) schrieb Daniel Ortega einen Artikel auf der Kommentarseite der »New York Times«. Nicaraguas Präsident unterstrich u.a. die Bereitschaft seiner Partei, nach der nächsten Wahl möglicherweise die loyale Opposition zu bilden. Letzteres versprach er auch dem US-Präsidenten in einem persönlichen Brief kurz nach dem Gipfeltreffen in Costa Rica (vgl. NYT 25.1.88).

Die Reagan-Administration hatte Sicherheitsberater Colin Powell und Staatssekretär Abrams vor dem Treffen der zentralamerikanischen Präsidenten in die vier Nachbarländer Nicaraguas entsandt. Die US-Regierung wollte unbedingt eine öffentliche Verurteilung Nicaraguas erzwingen. Das geschah zwar nicht, aber die »Alliierten« Washingtons, vor allem El Salvador und Honduras, ließen sich auf keine neuen Überraschungen ein. Die Verifikationskommission des Esquipulas-Plans wurde z.B. kurzerhand aufgelöst. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar nach dem Gipfeltreffen hatte Ortega bekannt gegeben, daß die Sandinistas den Ausnahmezustand sofort aufheben und direkte Gespräche mit den Konterrevolutionären beginnen würden. Nicaragua hatte plötzlich wichtige einseitige Zugeständnisse gemacht, obwohl beispielsweise Honduras durch die Beherbergung der Contras den Friedensplan systematisch mißachtete. Die Reagan-Administration dachte nicht im geringsten daran, ihren Antrag auf Contra-Hilfe beim Kongreß zurückzuziehen. Die US-Regierung sprach neuerdings von einer »Versicherungspolitik« im Hinblick auf die Contra-Unterstützung, d.h. Nicaragua sei nur wegen des Drucks der Contras verhandlungsbereit. Am 3. Februar 1988, knapp drei Wochen nach dem zentralamerikanischen Gipfel, lehnte der Kongreß mit nur acht Stimmen Mehrheit Reagans Contra-Paket ab. Die Contras konnten auch nicht von dem alternativen Plan der Demokratischen Partei profitieren, die ein »humanitäres« Programm in Höhe von 30 Mio. Dollar vorgeschlagen hatte. Eine Abstimmungscoalition von rechten Republikanern und liberalen Demokraten stimmte Anfang März 1988 mit 216 zu 208 gegen diesen Vorschlag. Reagans Strategen hatten die Niederlage des demokratischen Programms bejubelt, weil es keine Militärhilfe enthielt. Dieser Jubel war verfrüht, denn die Contras gerieten bald in Versorgungsschwierigkeiten und mußten sich verstärkt aus ihrem »Operationsfeld« im Innern Nicaraguas zurückziehen. Unterdessen waren direkte Gespräche zwischen den Sandinistas und der Contra-Führung aufgenommen worden.

## **Das Sapo-Abkommen**

Reagans Nicaraguapolitik erhielt einen neuen Rückschlag, als sich die Führer der Contras und die Sandinistas am 23. März 1988 in dem nicaraguanischen Grenzort

Sapoa auf einen 60-tägigen Waffenstillstand einigen konnten. Die Reagan-Administration war sicherlich überrascht, als man auf US-amerikanischen Fernsehschirmen verfolgen konnte, wie Sandinistas und Contras gemeinsam die Nationalhymne sangen. Bei den Contras führte das 9-Punkte Sapoa-Abkommen schließlich zu einer internen Palastrevolte, aus der schließlich der Ex-Somozist Enrique Bermudez gestärkt hervorging. Der schon immer von der CIA gestützte Oberst war gegen den Waffenstillstand von Sapoa gewesen. Er selbst hatte an den Verhandlungen nicht teilgenommen. Sandinistas und Contras hatten in Sapoa beschlossen, in einer Serie von weiteren Verhandlungen zu einem endgültigen Waffenstillstand und einer Friedensvereinbarung zu gelangen. Als aber Bermudez im Mai erstmals als Mitglied des Contra-Verhandlungsteams in Managua auftauchte, konnte man schon ahnen, daß der Zusammenbruch der direkten Gespräche bevorstand. Die Contras präsentierten plötzlich einen Maximalkatalog an Forderungen, der von den Sandinistas abgelehnt wurde. Dennoch wollten die Sandinistas weiter verhandeln. Die Gespräche kamen aber Anfang Juni zu einem abrupten Ende, als die Contras sich nicht mehr auf eine neue Verhandlungsrunde einlassen wollten. Die Reagan-Administration verurteilte erwartungsgemäß nur die nicaraguanische Regierung für den Zusammenbruch der Verhandlungen<sup>13</sup>. Die Sandinistas haben seither, d.h. seit Juni 1988, den Waffenstillstand jeweils monatlich verlängert. Die Contras haben ihn durch terroristische Anschläge häufig gebrochen. Dennoch ist der Contra-Terror durch das Ausbleiben der US-Dollar zurückgegangen.

US-Außenminister Shultz besuchte die mittelamerikanische Region im Sommer 1988 gleich zweimal. Es gelang der Reagan-Administration aber nicht, eine neue Viererkoalition gegen Nicaragua aufzubauen. Das Thema Militärhilfe für die Contras wurde endgültig an die neue Bush-Administration delegiert, als der US-Senat am 10. August ein 47,9 Mio. Dollar Paket mit 57 zu 39 Stimmen eindeutig ablehnte. Dieses Programm hätte die CIA wieder offiziell zum Organisator der Contra-Hilfe gemacht<sup>14</sup>. Der Senat stimmte jedoch für ein von den Demokraten vorgeschlagenes »humanitäres« Hilfsprogramm in Höhe von 27 Mio. Dollar. Die amerikanische Entwicklungsbehörde AID wurde mit der Verteilung der Güter beauftragt. Dieses Hilfsprogramm läuft Ende März 1989 aus. Es bleibt abzuwarten, ob die Bush-Administration die militärische Contra-Politik Reagans neu beleben kann. Für Honduras können diese »Freiheitskämpfer« deshalb schon bald zu einem gefährlichen Problem bewaffneter Flüchtlinge werden. Reagan hat kurz vor dem Ende seiner Präsidentschaft von einer besonderen Verantwortung der USA für die Contras gesprochen. Presseberichten zufolge drängt Honduras darauf, daß die Contras in die USA übersiedeln.... (vgl. NYT 1.10.88).

### **Der Zweifrontenkrieg**

Die zahllosen Debatten und Abstimmungen über die Contra-Hilfe im US-Kongreß waren Ausdruck eines nicht vorhandenen außenpolitischen Konsenses in der post-

Vietnam Ära in den USA. Die parlamentarischen Gegner von Reagans Contra-Politik sind sicherlich keine Freunde der Sandinistas. Aber viele US-Politiker haben immer befürchtet, daß die Contra-Unterstützung letztendlich eine amerikanische Invasion zur Folge haben könnte, weil die Contras allein nicht in der Lage wären, die Regierung in Managua zu stürzen. In Meinungsumfragen wurde die Unterstützung der Contras von den Amerikanern immer mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Nicaraguapolitik der Reagan-Administration hatte deshalb auch eine innenpolitische Front, nämlich die amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß.

Der nicht erklärte Krieg gegen Nicaragua begann als Geheimoperation der CIA. Reagans Regierung befürchtete wohl zu recht, daß die interventionistische Politik auf innenpolitische Opposition stoßen wird. Allerdings können Geheimoperationen in der Größenordnung der Contra-Aktion letztlich vor niemandem geheimgehalten werden. Die Menschen in Nicaragua bekamen die Auswirkungen der US-Politik sehr bald direkt zu spüren. Als der Kongreß nach dem Aufliegen des Verminungsskandals die weitere Finanzierung des Contra-Krieges vorerst ablehnte, gingen Reagans Helfer endgültig in den »Untergrund«. Sie brachen bewußt eine gesetzliche Auflage des Kongresses, die ausdrücklich die Unterstützung der Contras durch die amerikanische Regierung mit einem Verbot belegt hatte. Vor den zuständigen Kongreßausschüssen leugneten die Regierungsbeamten ihre pro-Contra-Aktivitäten (vgl. Tower-Commission). Die dann folgende Iran-Contra Affaire verdeutlichte, daß Reagan selbst Opfer jenes »Syndroms« geworden war, das er während seiner Präsidentschaft häufig für geheilt erklärt hatte. Das »Vietnam Syndrom« reflektiert nichts weiter als die Abwesenheit eines gesellschaftlichen und überparteilichen Konsenses in bezug auf US-Interventionen in der Dritten Welt. Viele konservative Politiker glauben bis heute, daß der Vietnamkrieg nicht in Südostasien, sondern wegen der Anti-Kriegsbewegung in den USA verloren wurde. Die eigene Bevölkerung bildet eine potentielle Gefahr für die Durchsetzung des amerikanischen »Willens« in der Dritten Welt (vgl. Sharp 1987). Analog der Nixon-Doktrin wollte die Reagan-Administration die innenpolitischen Kosten ihres militärischen Eingreifens in Nicaragua kalkulierbar gering halten, d.h. insbesondere keine US-Bürger an Kriegshandlungen teilnehmen lassen. Eine von Washington finanzierte Stellvertretergruppe sollte die US-Kontrolle über Nicaragua zurückgewinnen.

Die Nicaraguapolitik der Reagan-Administration war auf innenpolitischer Ebene von Anfang an ein Täuschungsmanöver gewesen. Der Kongreß und die US-Öffentlichkeit mußten mit pro-Contra und anti-Sandinista Informationen manipuliert werden, um die Politik der Reagan-Administration zu legitimieren. Dazu hatte CIA-Direktor Casey im Sommer 1983 Spezialisten aus der Werbebranche zu einem Brainstorming in sein Büro geladen (vgl. Parry + Kornbluh 1988, S. 10). Die Fiktion von den Contras als Waffenstopp-Verbände mußte ohnehin schnell ad acta gelegt werden. Kurz darauf wurde der Contra-Krieg selbst Gegenstand der Täuschungs-, bzw. Propagandakampagne. Die terroristischen CIA-Attacken gegen Nicaragua zwischen 1982 und 1984 wurden als Taten der Contras verkauft, um deren angebliche militärische Effizienz zu demonstrieren. Der US-organisierte Terror war spätestens Mitte 1982 keine echte

Geheimoperation mehr, so daß Kongreßabgeordnete und Journalisten über die militärischen Fähigkeiten der Contras belogen werden mußten. Damit sollte natürlich eine weitere CIA-Unterstützung sichergestellt werden. Die CIA organisierte nicht nur den Krieg der Contras in Nicaragua. Der Geheimdienst beriet die Contra-Führer auch in den Lobbyierungstechniken für Kongreßabgeordnete (vgl. Parry + Kornbluh, S. 15). Das Täuschungsmanöver erreichte einen absonderlichen Höhepunkt, als die Contra-Politik in Reagans zweiter Amtsperiode streckenweise zum beherrschenden außenpolitischen Thema wurde. Viele politische Beobachter in Washington sprachen Mitte der achtziger Jahre von Reagans Nicaragua-Besessenheit. In seiner Ansprache zur Lage der Nation im Februar 1985 bezeichnete er die Contras zum erstenmal als »Freiheitskämpfer« (vgl. Gutman, S. 271). Die Rhetorik des US-Präsidenten ging vollends über Bord. Es reichte nicht, daß die Konterrevolutionäre zu »Freiheitskämpfern« umgelogen wurden. Sie sollten sogar das moralische Äquivalent der amerikanischen Gründerväter sowie der Männer und Frauen des französischen Widerstands darstellen (vgl. Gutman, S. 274). Den Sandinistas war nicht entgangen, wie dümmlich verzerrt Reagan die nicaraguansische Realität gegenüber dem amerikanischen Fernsehpublikum darstellte. Am 16. März 1986 hielt Ex-Schauspieler Reagan wieder einmal eine live aus dem Weißen Haus übertragene Ansprache zu Nicaragua. Der Kongreß sollte in der Woche darauf über Militärhilfe für die Contras abstimmen. Die Rede wurde auch in Nicaragua ungekürzt gesendet. Die Sandinistas konnten sich auf Reagans Lügen und Verdrehungen verlassen, um seine Darbietung unkommentiert für sich selbst sprechen zu lassen (vgl. Kenworthy 1987, S. 163).

Reagans persönliche Propagandakampagne wurde ergänzt durch die Gründung einer neuen Abteilung im State Department für öffentliche Diplomatie gegenüber Lateinamerika und der Karibik. Kritische Beobachter nannten diese inzwischen wieder aufgelöste Abteilung ein Propagandaministerium für die Zentralamerika-Politik der Reagan-Administration (vgl. Parry + Kornbluh 1988). Aufgabe dieser Abteilung war es, die amerikanische Öffentlichkeit mit einseitigen Informationen über Nicaragua zu versorgen. Sie wurde von einem früheren CIA-Spezialisten für Propagandaaktionen geleitet. Ein anderer wichtiger Bereich der Öffentlichkeitsarbeit war die aktive Neutralisierung der organisierten innenpolitischen Opposition gegen die Interventionspolitik in Nicaragua. Der Geschmack des McCartyismus lag bereits in der Luft, als im Jahre 1983 die damalige UNO-Botschafterin J. Kirkpatrick behauptete, daß es Abgeordnete in Washington gäbe, die einen marxistischen Sieg in Mittelamerika sehen möchten. Reagan hatte zum gleichen Zeitpunkt den Kongreß in seiner Zentralamerikarede vor der kubanisch-sowjetischen Gefahr auf dem mittelamerikanischen Kontinent gewarnt und drohend gefragt, wer wohl die Verantwortung tragen möchte, wenn die USA ihren Verpflichtungen nicht nachkommen (vgl. LeoGrande, S. 206). Viele Kongreßabgeordnete wurden mit dieser ständig wiederholten anti-kommunistischen Rhetorik bombardiert und eingeschüchtert. Gleichzeitig wurden diverse Parlamentarier während des Wahlkampfes für den Kongreß von privaten Contra-Lobbyisten mit Fernsehspots in ihren Wahlbezirken attackiert. Die Finanzierung solcher Kampagnen wurde durch die Contra-Spendenorganisatoren besorgt, die wiederum in

Kontakt mit Regierungsbeamten wie z.B. NSC-Mitarbeiter Oliver North und Staatssekretär Elliot Abrams standen (vgl. Parry + Kornbluh, S. 21 f.). Zur Einschüchterung von oppositionellen Organisationen und Gruppen gehörte scheinbar auch eine Serie von bislang unaufgeklärten Einbrüchen im Watergate-Stil. Anfang 1987 fand in einem Unterausschuß des Kongresses ein Hearing zu dieser mysteriösen Einbruchserie statt (vgl. NYT, 19.2.87). Annähernd fünfzig Büros von kirchlichen Organisationen, Solidaritätsgruppen, Forschungsinstituten, Zeitschriften usw. wurden seit Beginn der achtziger Jahre durch Einbrüche beschädigt<sup>15</sup>. All diese Büros hatten eines gemeinsam: Sie waren mit Organisationen verbunden, die zu den aktiven Gegnern von Reagans Zentralamerika-Politik zählten.

### Schlußbemerkung

Die ehemaligen Außenminister Kissinger und Vance bedauerten in einem gemeinsamen Artikel über die zukünftige Außenpolitik der USA, daß Zentralamerika in den letzten Jahren ein ausgesprochen gutes Beispiel für die Abwesenheit einer klaren nationalen Zielsetzung gewesen sei (vgl. Kissinger/Vance 1988). Diese These kann nur auf Nicaragua gemünzt sein, denn die US-Unterstützung für Duarte in El Salvador wurde von einer breiten überparteilichen Koalition getragen. Die beiden Ex-Außenminister haben die Reagan-Doktrin anscheinend mißverstanden. Es war zweifellos das Ziel der Reagan-Administration, die Sandinistas zu stürzen. Im Februar 1985 meinte Reagan ganz offen, die Sandinistas sollten sich ergeben (»say uncle«) und die Contras in die Regierung bitten (vgl. Gutman, S. 274). Diese selten artikulierte Zielsetzung ist aber nicht erreicht worden. Reagan wollte im »weichen Unterleib« der USA mehr als nur Muskeln zeigen. Die Geschichte der US-Nicaraguapolitik hat aber gezeigt, daß der militärische Interventionismus vom Kongreß ein wenig gezähmt werden konnte. Es ist der US-Regierung in den letzten acht Jahre jedoch gelungen, dem sozialrevolutionären Experiment der Sandinistas erheblichen Schaden zuzufügen. Nicaraguas Ökonomie befindet sich in einer schweren Krise<sup>16</sup>. Die schwierige ökonomische Lage hat Nicaraguas Regierung im letzten Jahr sicherlich zu ihren politischen Zugeständnissen gezwungen, insbesondere zur Aufnahme direkter Verhandlungen mit den Konterrevolutionären. Die Reagan-Administration hat zumindest die vorläufige Zerstörung eines Modells unabhängiger Entwicklung in Mittelamerika erreicht. Der Terrorkrieg der US-besoldeten Contras hat aber nicht zum Sturz der sandinistischen Regierung geführt. Daniel Ortega wird noch im Amt sein, wenn Ex-Präsident Reagan Washington längst den Rücken zugekehrt und sich auf seinem Ruhesitz im Nobelviertel Bel Air in Los Angeles niedergelassen hat.

## Anmerkungen

- 1 Analog Kennedys »Allianz für den Fortschritt« schlug die Kissinger-Kommission ein 5-jähriges Wirtschaftshilfeprogramm von 8 Mrd Dollar für die gesamte Region vor, außerdem natürlich eine substantielle Aufstockung der bilateralen Militärhilfe.
- 2 Die US-Hilfe für die afghanischen Rebellen war beispielsweise unumstritten. Sie wurde vom Kongreß bereitwillig mitgetragen. Die Waffenlieferungen begannen schon während der Carter-Administration. Reagan setzte in diesem Fall nur noch ein paar Hundert Mio. Dollar für die afghanischen »Freiheitskämpfer« drauf, die vom US-Kongreß enthusiastisch bewilligt wurden. Im Sinne von Casey konnte man im Hinblick auf Afghanistan wohl von einem besetzten Land sprechen. Deshalb gab es auch einen starken überparteilichen Konsens im Kongreß.
- 3 Der reaktionäre Charakter dieser US-Hilfe für die Sandinistas war offensichtlich gewesen. Es handelte sich um Wiederaufbaukredite in Höhe von 75 Mio. Dollar (davon 70 Mio. als Volldarlehen und nur 5 Mio. in der Form eines Zuschusses). Der Kongreß hatte sichergestellt, daß sechzig Prozent der Gelder an den privaten Sektor in Nicaragua fließen mußten. Insgesamt hatten die USA das Finanzpaket mit 16(!) Bedingungen versehen, u.a. durften die Kredite ausschließlich für den Ankauf amerikanischer Produkte ausgegeben werden. Die Gelder konnten z.B. nicht für die Ausbildungsprojekte benutzt werden, in denen kubanische Staatsangehörige beteiligt sind usw. Eine weitere Bedingung war, daß ein Prozent der gewährten Mittel in Nicaragua für die öffentliche Propagierung US-amerikanischer Generosität auszugeben seien... Zu guter Letzt hatte der Kongreß noch verlangt, daß der US-Präsident vor der jeweiligen Auszahlung der Kredite beglaubigen muß, daß die Sandinistas ihre Revolution nicht exportieren... (vgl. NACLA 1985, S. 23).
- 4 Nach der öffentlichen Aufdeckung diverser CIA-Operationen Mitte der 70er Jahre wurden die beiden Ausschüsse im Rahmen der post-Vietnam, bzw. post-Watergate Reformen gebildet. Sie sollten die Aktivitäten der CIA überwachen. Deshalb ist der US-Präsident verpflichtet, sie über geplante Operationen durch ein »Presidential Finding« vertraulich zu unterrichten (vgl. Sharpe 1987).
- 5 Auch Kuba stellte die Waffenlieferungen für die Guerillas in El Salvador ein. Fidel Castro gab gegenüber H.J. Wischnewski zu, daß Kuba der FMLN für die Januar-Offensive Waffen geliefert hatte. Er bestand aber im April 1981 darauf, daß diese Art von Hilfe beendet sei. Reagans erster Außenminister, A. Haig, hat diese Behauptung in seinem Buch »Cavet« indirekt bestätigt (vgl. Smith, S. 90-92).
- 6 Die später immer wieder vorgebrachte Forderung nach Demokratisierung ist der reine Hohn. Fast fünfzig Jahre lang hatten die USA die Somoza-Diktatur gestützt. Der frühere US-Präsident F.D. Roosevelt hatte bekanntlich über den ersten Somoza gesagt, »he is a son of a bitch but he is our son or a bitch.« Als die Sandinistas im November 1984 die wirklich ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes abhielten, wurden diese von der Reagan-Administration als Betrugsmanöver verurteilt. Arturo Cruz z.B. hatte seine Kandidatur auf Anweisung der USA zurückgezogen. Die Wahl sollte von Anfang an als undemokratisch dargestellt werden. Deshalb schied der aussichtslose Cruz »unter Protest« aus dem Rennen, denn es stand ein Sieg des FSLN-Kandidaten Ortega bevor. Das konnte es in der US-Logik jedoch nicht geben.
- 7 Lateinamerika-Staatssekretär Thomas Enders war im Mai 1983 von Reagan gefeuert worden, weil er den Hardlinern Casey, Meese, Clark und Kirkpatrick nicht konservativ genug war (vgl. Gutman, S. 129 f.). Es war derselbe Enders, der während der Endphase des Vietnam-Kriegs für Henry Kissinger die geheimgehaltene Bombardierung von Kambodscha koordinierte.
- 8 Pastora überlebte den Anschlag, aber zwei Jahre später gab er den Kampf gegen die sandinistische Regierung auf. Ein großer Teil seiner Contra-Bande stieß zusammen mit Robelo zur FDN, die ohnehin den weitaus größten Anteil der CIA-Unterstützung erhielt.
- 9 Während des Iran-Contra Skandals wurde bekannt, daß Calero mindestens ein 200 000,- Dollar Jahresgehalt verbrachte. Robelo erhielt 120 000,- und Cruz 84 000,- Dollar (vgl. Cockburn S. 249).
- 10 Carters CIA-Direktor Admiral Stansfield Turner benutzte diesen Begriff am 16.4.85 bei einem Hearing des US-Repräsentenhauses. Ende 1984 wurde bekannt, daß Caseys CIA ein Handbuch über »Psychological Operations in Guerilla Warfare« für die Ausbildung der Contras verteilen ließ. Das Handbuch gab jede Menge Anweisungen für die Counterinsurgency-Kriegsführung. Es rief u.a. zur Ermordung von Sympathisanten der Sandinistas auf. Das Weiße Haus mußte unverzüglich demen-



- tieren, daß das Handbuch von der US-Regierung gebilligt werde. Gemäß »Executiv Order« Nr 12333 ist es US-Regierungsbehörden gesetzlich verboten, Attentate zu planen oder auszuführen... (vgl. Kornbluh).
- 11 Die Reagan-Administration hat natürlich nie erklären können, wieso die Sandinistas zum Schutz gegen den Contra-Terror Waffen an die Landbevölkerung verteilen konnten, ohne daß diese gegen die angeblich so totalitäre Regierung gerichtet wurden.... Die Wut richtete sich wohl eher gegen Reagans Söldner. Im übrigen wurde in den USA immer verschwiegen, daß die Sandinistas einen Teil der Bevölkerung bewaffnet hatten. Letzteres paßte nicht in das Propagandabild von Nicaragua, das auch von der US-Presse nicht entkräftet wurde.
  - 12 Das Weiße Haus ersetzte später die Formel »nach Unterzeichnung« durch »nach Implementierung«. Ein riesiger Unterschied, wären die USA doch selbst einer der Richter über die Einhaltung des Contadora-Vertrags gewesen.
  - 13 Die Reagan Administration war natürlich nicht an einer Einigung zwischen Sandinistas und Contras interessiert. Die plumpe Schuldzuweisung an Nicaragua für den Zusammenbruch der Gespräche sollte nur der P.R. Kampagne gegenüber dem Kongreß für neue Contra-Militärhilfe dienen. Sandinista-Berater H.-J. Wischnewski meinte gegenüber dem SPIEGEL, daß Bermudez bei den Verhandlungen die Interessen seiner Geldgeber in Washington vertreten habe. Der SPD-Politiker sagte: »Als Angestellter ist er weisungsgebunden« (vgl. DER SPIEGEL, Nr. 25/1988).
  - 14 Daß die CIA in Nicaragua ohnehin nicht tatenlos herumsaß, zeigte sich im Juli 1988, als es bei einer Demonstration gegen die Regierung in der Stadt Nandaime zu gezielten Gewalttätigkeiten gegen sandinistische Ordnungskräfte kam. Am Tag darauf wurden der US-Botschafter Melton und sieben weitere Diplomaten ausgewiesen. Zwei Monate nach den Ereignissen in Nandaime beschuldigte der Demokrat Jim Wright die Reagan-Administration und die CIA, die gewalttätigen Auseinandersetzungen provoziert zu haben (vgl. NYT 21.9.88).
  - 15 Eingebrochen wurde u.a. im Büro des »International Center for Development Policy« in Washington. Dieses Institut wird von Carters früherem Botschafter in El Salvador, Robert White, geleitet. Auch in den New Yorker Redaktionsräumen von NACLA (North American Congress on Latin America) wurde eingebrochen. Das FBI stritt jede Verbindung zu dieser Einbruchsserie ab. Es muß daran erinnert werden, daß FBI-Agenten noch Anfang der achtziger Jahre in Büros eines El Salvador Solidaritätskomites (CISPES) eingedrungen waren. Die amerikanische Bundespolizei gab später zu, daß es CISPES wegen Terrorismusverdacht observiert habe... (vgl. NYT 19.2.87).
  - 16 Der Top-Wirtschaftsplaner der Sandinistas rechnete für 1988 mit einem 35 %igen Produktionsrückgang im Vergleich zum Vorjahr! Diese Wirtschaftskrise drückt sich z. B. durch eine Hyperinflation aus. Die Inflationsrate lag 1987 bei ca. 1 800 Prozent (vgl. CSM, 16.2.88). Die im Februar 1988 durchgeführte radikale Währungsreform konnte die Inflation nicht bremsen. Zur Zeit liegt sie bei mehreren tausend Prozent. Die Armut steigt rapide. Doch die »New York Times« mußte eingestehen, daß die armen Bevölkerungsschichten in Nicaragua, dank der Sozialpolitik der Sandinistas, besser versorgt werden als z.B. in Honduras oder Guatemala. Dennoch befürchtet die Regierung eine Erosion in der politischen Unterstützung durch die Bevölkerung. Innenminister Tomas Borge gab zu, daß man durch den anhaltenden Krieg Unterstützung eingebüßt habe (vgl. NYT 16.10.88). Die Reagan-Administration kann also einen Teilerfolg verbuchen, denn auch sie erreichte in Nicaragua, was Nixon im Jahre 1970 seinem CIA-Direktor Helms in Sachen Chile auftrag: »Make the economy scream« (vgl. Hersh).

## Literatur

- Americas Watch (1986): *Human Rights in Nicaragua 1985-1986*, New York/Washington
- Armstrong, s. (1987): *The Chronology – The documented day-by-day account of the secret military assistance to Iran and the contras* –, New York
- Chomsky, N. (1985): *Turning the Tide – U.S. Intervention in Central America* –, Boston
- Chomsky, N. (1987): *U.S. Polity and Society: The Lessons of Nicaragua*, in: Walker (1987)
- Cirincione, J., Hrsg. (1985): *Central America und the Western Alliance*, New York
- Cockburn, L. (1987): *Out of Control*, New York

- Gold, E. (1987): *Military Encirclement*, in: Walker (1987)
- Goodfellow, W. (1987): *The Diplomatic Front*, in: Walker (1987)
- Gutman, R. (1988): *Banana Diplomacy – The Making of America Policy in Nicaragua 1981-1987*, New York
- Hersh, S. (1983): *The Price of Power*, New York
- Kaufman-Purcell, S. (1987): The Choice in Central America, in: *FOREIGN AFFAIRS*, Fall 1987
- Kenworthy, E. (1987): *Selling the Policy*, in: Walker (1987)
- Kirkpatrick, J. (1979): Dictatorship and Double Standards, in: *Commentary*, Vol. 68, Nr. 5
- Kirkpatrick, J. (1979): U.S. Security and Latin America, in: *Commentary*, Vol. 71, Nr. 1
- Kissinger, H./Vance, C. (1988): Bipartisan Objectives for American Foreign Policy, in: *FOREIGN AFFAIRS*, Summer 1988
- Kornbluh, P. (1987): *The Covert War*, in: Walker (1987)
- LeoGrande (1987): *The Contras and Congress*, in: Walker (1987)
- NACLA (1981): Armstrong R., *Reagan Policy in Crisis – Will the Empire Strike Back? –*, Vol. 15, Nr. 4
- NACLA (1985): Matthews, R., *The Limits of Friendship: Nicaragua and the West*, Vol. 19, Nr. 3
- NACLA (1986): Miles, S., *The Real War: Low Intensity Conflict in Central America*, Vol. 20, Nr. 2
- Nacla (1988): Meza, V., *The Military: Willing to Deal*, vol. 22, Nr. 1
- Parry, R. + Kornbluh P. (1988): Iran-Contra's Untold Story, in: *FOREIGN POLICY* Nr. 72
- PROCEDIMIENTO (1987): *Procedimiento para establecer la paz firme y duradera en Centroamerica*, San José (Costa Rica)
- Sharpe, K. (1987): The Real Cause of Irangate, in: *FOREIGN POLICY* Nr. 68
- Smith, W. (1987): Lies about Nicaragua, in: *FOREIGN POLICY* Nr. 67
- Tower, J. (1987): *The Tower Commission Report – The full text of the Presidents's Special Review Board –*, New York
- UN-Security Council S/18221: *Letter dated 11 July 1986 from the Permanent Representative of Nicaragua to the UN addressed to the President of the Security Council: Text of the Judgement of the International Court of Justice*, New York
- Vaky, V. (1987): Positive Containment in Nicaragua, in: *FOREIGN POLICY* Nr. 68
- Walker, Th., Hrsg. (1987): *Reagan versus the Sandinistas – The Undeclared War on Nicaragua*, Boulder/London
- Woodward (1987): *VEIL – The Secret Wars of the CIA 1981-1987 –*, New York

## Tageszeitungen/Magazine

Christian Science Monitor (CSM)  
 Commentary  
 DER SPIEGEL  
 The New Republic  
 The Nation  
 TIME Magazine  
 The New York Times (NYT)  
 Washington Post (WP)